



Inflation, Klimazerstörung, Krieg:

**Der Kapitalismus
hat uns keine
Zukunft
zu bieten.**



**Ein sozialistisches
Programm
um die Krise
zu beenden.**

Internationales

Die kapitalistische Krise und der imperialistische Krieg lösen Volksaufstände in mehreren Ländern aus.

Carlos Naranjo

Die kapitalistische Krise und der imperialistische Krieg lösen Volksaufstände in mehreren Ländern aus. Der Taifun des Klassenkampfes ist mit neuer Wucht ausgebrochen, und hat in vielen Ländern seine Spuren hinterlassen. Überall hat er einen gemeinsamen Auslöser: Die Lebenshaltungskosten gepaart mit der Energieknappheit. Der imperialistische Krieg in der Ukraine verstärkt die großen Ungleichgewichte, die das kapitalistische System als Ganzes bereits erfasst haben.



**Generalstreik in Griechenland:
„Das Gehalt steigt nicht, die
Rechnungen lassen sich nicht
bezahlen“**

Die Inflation in Griechenland verzeichnete mit fast 9 % den höchsten Anstieg seit 25 Jahren. Strom legte zu Jahresbeginn um 56% zu, Kraftstoff um 21,6% und Erdgas um 156%.

Ende Februar demonstrierten 10.000 Menschen vor dem Parlament von Athen und in den Hauptstädten gegen den Preisanstieg. Tausende Bauern mobilisierten Mitte März wochenlang

und sperrten am Freitag, den 18. März den Zugang zu Athen, doch der Höhepunkt dieser sozialen Unruhen fand ihren Ausdruck in dem von den beiden größten Gewerkschaften am 6. April ausgerufenen Generalstreik. Transportmittel, Schulen und Krankenhäuser im ganzen Land wurden lahmgelegt und Zehntausende Arbeiter und Jugendliche gingen auf die Straße und forderten Lohnerhöhungen, um eine weitere Verarmung der Bevölkerung zu verhindern.

Die griechische Arbeiterklasse hat, nachdem sie fast zwei Jahrzehnte lang unter der kapitalistischen Privatisierungspolitik, Sparmaßnahmen und brutalen Kürzungen gelitten hat, wieder einmal gezeigt, dass sie nicht bereit ist, weiterhin die Zeche für die Krise zu bezahlen. Unter dem Slogan „Das Gehalt steigt nicht, die Rechnungen lassen sich nicht bezahlen“ haben sie die im Januar von der rechten Mitsotakis-Regierung beschlossene lächerliche Erhöhung des Mindestlohns um 2 Prozent angeprangert, während sie den Konzernen Millionen Euro an Treibstoffsubventionen ausliefern.

Albanien: Die Bevölkerung rebelliert gegen das Öl-Oligopol

An fünf aufeinanderfolgenden Tagen im März nahmen Tausende von Jugendlichen und Arbeitern im ganzen Land an Protesten gegen steigende Kraftstoff- und Lebensmittelpreise teil, die am 13. mit einer großen Demonstration in der Hauptstadt Tirana ihren Höhepunkt fanden.

Im Rampenlicht stehen das Öl-Oligopol und die sozialdemokratische Regierung von Ministerpräsident Edi Ra-

ma, die es den Kapitalisten ermöglicht, durch Spekulation auf Kosten der Verschlechterung der Lebensbedingungen der Bevölkerung ein Vermögen zu machen. In nur einer Woche stieg der Benzinpreis um 40%, in einem Land, in dem das Auto lebenswichtig ist, da es praktisch kein öffentliches Verkehrsnetz gibt, und in dem das Durchschnittsgehalt 490 Euro beträgt.

Die Regierung versuchte, die Mobilisierung zu entschärfen, indem sie eine Beihilfe von 24 Euro für Rentner und sozial schwache Gruppen versprach. Ein echter Hohn. Am 19. März gingen erneut Zehntausende in der Hauptstadt auf die Straße. Zwei Tage später kündigte Rama Treibstoffsubventionen für den Agrarsektor und eine Senkung der Einkommenssteuer für mehr als die Hälfte der Beschäftigten im öffentlichen und privaten Sektor an, weigerte sich jedoch, die Steuern auf Kohlenwasserstoffe zu senken, von denen die Ölgesellschaften profitieren und die 53 % des Marktpreises ausmachen.

Gleichzeitig hat die Regierung die Bewegung beschuldigt, gewalttätig zu sein, eine Minderheit zu sein und Repressionen ausgeübt, die zu Dutzenden von Verhaftungen führten. Die Wut gegen die Kapitalisten und Spekulanten, die in dem Ruf „Hört auf, uns auszurauben“ zum Ausdruck kam, ist jedoch nicht nur nicht verschwunden, sondern wird sich weiter ausbreiten.

**Indonesien, Sri Lanka, Indien ...
Südostasien im Auge des Sturms**

Südostasien ist seit einigen Jahren Schauplatz anhaltender, tief greifender Rebellionen. Am 28. und 29. März kon-

frontierten Millionen von Indiens Arbeitern, Armen und unterdrückten Bauern die rechte Modi-Regierung mit einem 48-stündigen Generalstreik gegen Privatisierungen, schlechte Arbeitsgesetze und steigende Lebensmittel- und Kraftstoffpreise. Dies war ihre letzte Option in einem Land, das von Massenarbeitslosigkeit, endemischer Armut, dem Fehlen grundlegender öffentlicher Dienstleistungen und einem kriminellen Umgang mit der Pandemie geplagt ist.

Stahl-, Öl-, Telekommunikations-, Post- und ländliche Gesundheitsbeschäftigte, Kupfer- und Kohlebergleute spielten eine herausragende Rolle, insbesondere in den von der Privatisierung bedrohten Staatsbetrieben wie Indian Coal und den staatlichen Banken.

Die Bevölkerung Sri Lankas leidet seit Monaten unter chronischem Mangel an Lebensmitteln, Medikamenten und Treibstoff sowie unter Stromausfällen von mehr als 13 Stunden. Die steigenden Kraftstoffpreise haben zum Bankrott des Staates geführt, der seit Wochen keinen Kraftstoff mehr auf die Insel importieren kann, was zum Zusammenbruch der Wirtschaft geführt hat.

Dieses Szenario führte am 31. März zu einer spontanen Mobilisierung vor der Residenz von Präsident Gotabaya

Rajapaksa. Hunderte von Menschen stürmten das Gebäude, und bald breiteten sich die Proteste auf die Hauptstadt und andere Städte aus. Tausende von Jugendlichen und Arbeitern sahen sich mit dem Einsatz der Armee, einer Ausgangssperre und dem Einsatz von Tränengas konfrontiert. Diese Entscheidung erzwang die Aufhebung des Ausnahmezustands nach fünf Tagen. Am 3. April trat das gesamte Kabinett – mit Ausnahme des Präsidenten und des Premierministers – zurück, und zwei Tage später traten 42 Parlamentarier der Regierungskoalition zurück, so dass die Regierung in der Luft hing.

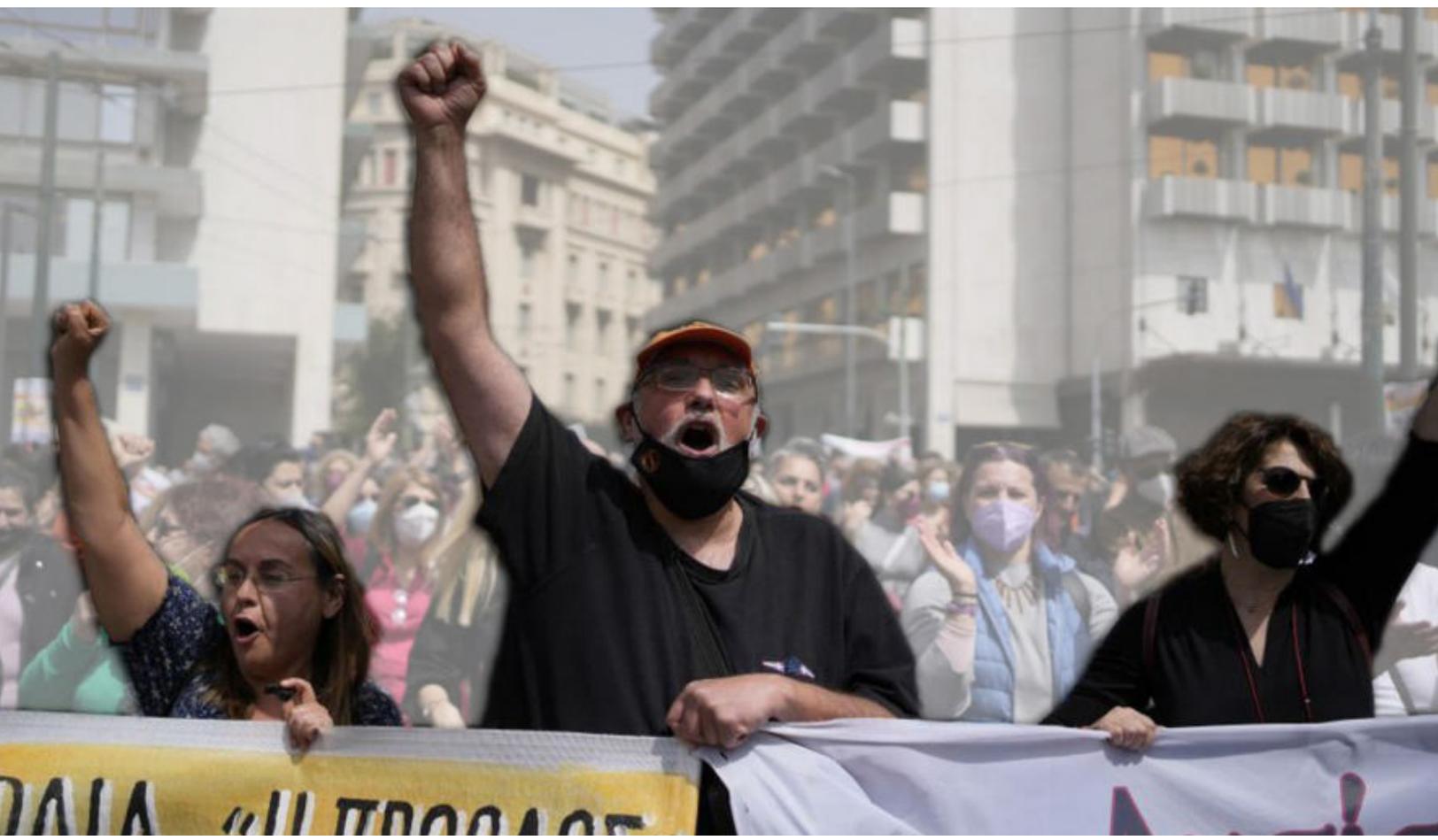
Am 9. April strömten die Massen erneut auf die Straßen des Landes. Wenn sich das Regime halten konnte, dann deshalb, weil es keine revolutionäre Opposition gab, die einen Kampfplan von unten nach oben und einen Generalstreik bis zum völligen Zusammenbruch des Regimes vorgeschlagen hätte.

Wie ein Nachbeben gingen am 11. April Zehntausende von indonesischen Studenten und jungen Arbeitern in Jakarta und anderen Städten wie Südwestjava auf die Straße und sahen sich Repressionen durch Wasserwerfer und Polizei ausgesetzt. Die Proteste richteten sich gegen die Pläne der Bourgeoisie, Joko Widodo für eine dritte Amtszeit an die Macht zu bringen,

obwohl die Verfassung dies verbietet, und die Agenda der Angriffe und Kürzungen weiter umzusetzen.

Diese Situation in Verbindung mit den rapide steigenden Kosten für den Grundwarenkorb hat zu Protesten geführt, die an die Studentenmobilisierungen erinnern, die 1998 zum Sturz des Diktators Suharto führten. Siebzig Prozent der Indonesier lehnen eine Fortsetzung von „Jokowi“ ab. Indonesien erlebt heute die Fortsetzung des Aufstands der Arbeiter, der das Land im Oktober 2020 gegen das Omnibus-Gesetz lahmlegte, einer arbeitsrechtlichen Gegenreform, die Entlassungen vereinfachte und die gesetzlichen Überstunden erhöhte. Die massiven Demonstrationen haben die Regierung bisher gezwungen, zu erklären, dass sie die Verfassung nicht ändern und die Wahlen 2024 nicht verschieben wird.

All diese Ereignisse zeigen die Stärke der Unterdrückten, der Arbeiterklasse und der verarmten Massen, wenn sie aktiv werden, dass es möglich ist, der vom Kapitalismus verursachten Barbarei ein Ende zu setzen. Die vordringlichste Aufgabe besteht jedoch darin, eine revolutionäre Partei mit einem Programm und einer Kampfstrategie aufzubauen, die es ihr ermöglicht, all diese Macht einzusetzen und die Gesellschaft von Grund auf zu ändern.



Oberster Gerichtshof und radikale Rechte wollen Abtreibungsrechte in den USA abschaffen

Teresa Prados

Am 3. Mai wurden Arbeiterinnen in den USA mit einer neuen Bedrohung konfrontiert: Der Oberste Gerichtshof will ihnen das Recht nehmen, über ihre Mutterschaft zu entscheiden. Tausende von Frauen waren empört. Noch am selben Tag versammelten sie sich vor dem Gerichtsgebäude in Washington, und in zahlreichen Städten kam es zu Protesten, die zum Teil von der Polizei brutal niedergeschlagen wurden.

Laut der Website *Político* ist der durchgesickerte Entwurf des Obersten Gerichtshofs von fünf der neun Richter unterzeichnet (mit einer seit Jahrzehnten nicht mehr erreichten konservativen Mehrheit von sechs gegen drei), die entschlossen sind, das Recht auf Abtreibung in allen Fällen aufzuheben. Ein Recht, das 1973 mit dem historischen Urteil in der Rechtssache *Roe v. Wade* erkämpft wurde – mit dem zum ersten Mal die uneingeschränkte Abtreibung vor der Lebensfähigkeit des Fötus anerkannt wurde, eine Grenze, die bei 23 Schwangerschaftswochen liegt.

Die Rechte der Frauen könnten um 50 Jahre zurückgeworfen werden

„Das Roe-Urteil war von Anfang an falsch... Seine Begründung war falsch, und diese Entscheidung hatte schädliche Folgen“, „die Verfassung enthält keinen Hinweis auf Abtreibung, und kein solches Recht wird implizit durch irgendeine Verfassungsbestimmung geschützt“... Dies sind einige der „Argumente“, mit denen die fünf rechtsextremen, ultrakatholischen Richter – drei von ihnen wurden von Trump ernannt – versuchen, dieses Recht abzuschaffen.

Der vom Obersten Gerichtshof genehmigte Text muss noch ratifiziert werden, aber alles deutet darauf hin, dass er verabschiedet wird. In dem Fall würde es den Bundesstaaten überlassen, über die reproduktiven Rechte von 166 Millionen amerikanischen Frauen zu

entscheiden, und mehr als 20 Bundesstaaten würden es erlauben, dass von republikanischen Gouverneuren erlassene Gesetze ein sofortiges Veto gegen Abtreibungen ermöglichen, selbst wenn die Frauen vergewaltigt worden sind. Dies bedeutet einen enormen Rückschlag für die Lebensbedingungen der werktätigen Frauen und treibt sie weiter in die Armut. Wir dürfen nicht vergessen, dass die USA laut WHO das Industrieland mit der höchsten Müttersterblichkeitsrate sind, ganz zu schweigen von der Tatsache, dass es keinen kostenlosen Zugang zur öffentlichen Gesundheitsversorgung gibt, geschweige denn einen Mutterschaftsurlaub.

Diese radikale rechte Offensive wird hier nicht aufhören. Währenddessen nehmen die Demokraten eine völlig passive Haltung ein. Joe Biden hat sich darauf beschränkt, zu sagen, dass es sich vorerst nur um ein „Leck“ handelt, und ist so weit gegangen, Beamte der Regierung aufzufordern, eine „Antwort auf den anhaltenden Angriff auf Abtreibung und reproduktive Rechte“ vorzubereiten. Aber sie werden keinen Finger rühren, sie sind nur ein weiteres Rädchen im kapitalistischen System. Alle Versprechungen von Sozialprogrammen und Rechten, die Biden gemacht hat, haben sich als falsch erwiesen. Wir Frauen und Unterdrückten werden unsere Rechte nicht durch die Hand der Demokraten gewinnen.

Kämpfen ist der einzige Weg

Laut der jüngsten Umfrage des *Pew Research Center* aus dem Jahr 2021 sind 59 % der Erwachsenen in den USA der Meinung, dass Abtreibung in allen oder den meisten Fällen legal sein sollte, während 39 % dagegen sind.

Hunderte demonstrierten vor den Toren des Obersten Gerichtshofs gegen die mögliche Aufhebung des gesetzlichen

Schutzes der Abtreibung und zeigten damit ihre Ablehnung und die Wut, die diese Entscheidung ausgelöst hat.

Die einzige Möglichkeit, dieser reaktionären Offensive, der Vorherrschaft der katholischen Kirche, ihrer verkommenen Moral und ihren Privilegien, der Rechten und der extremen Rechten und denjenigen, die mit unserer Ausbeutung Geschäfte machen, entgegenzutreten, besteht darin, für die Beendigung eines Systems zu kämpfen, das uns arbeitende Frauen zu unmenschlichen Lebensbedingungen verurteilt.

Die Bewegung von Millionen von Frauen und jungen Menschen, die 2017 in den USA auf die Straße gingen, um sich gegen den frauenfeindlichen und rassistischen Donald Trump zu wehren, ist das beste Beispiel, von dem man sich heute inspirieren lassen kann. Wie wir in ganz Lateinamerika mit der *Ni una menos*-Bewegung gesehen haben. Die Grüne Flut in Argentinien hat die Straßen gefüllt und das Recht auf Abtreibung für alle Frauen erkämpft, oder in Irland der Kampf der *ROSA*-Bewegung. Der einzige Weg nach vorn besteht darin, sich zu organisieren und auf der Straße für unsere Rechte und für menschenwürdige Lebensbedingungen für arbeitende Frauen und die Arbeiterklasse insgesamt zu kämpfen.



Sri Lankas revolutionäre Ausbrüche gehen weiter und zwingen den Premierminister zum Rücktritt



Coral Latorre

Seit dem 31. März gibt es in Sri Lanka einen Volksaufstand. Das Regime von Premierminister Mahinda Rajapaksa, das von der schwersten Wirtschaftskrise seit der Unabhängigkeit der Insel 1948 heimgesucht wird, sieht sich Tag für Tag Massendemonstrationen, Generalstreiks und einer immer radikaleren Unzufriedenheit gegenüber.

Die Stärke von Millionen von Menschen auf der Straße veranlasste Rajapaksa am 9. Mai seinen Rücktritt als Premierminister anzukündigen. Die Wut gegen das Regime ist so groß, dass der ehemalige singhalesische Premierminister derzeit in der Nähe des Marinestützpunkts Trincomalee Zuflucht sucht, geschützt von der Armee.

Nach der heftigen Repression, die bereits mindestens zehn Tote und mehr als 280 durch Schusswunden Verletzte gefordert hat, versucht die herrschende Klasse nun, diese politische Krise durch parlamentarische Manöver zu beenden. Noch am Tag seiner Ernennung zum neuen Premierminister kündigte Ranil Wickremesinghe – ein Mitglied der Opposition, der das Amt seit 1993 bereits fünfmal innehatte! – seine Absicht an, das Parlament über eine Verfassungsänderung diskutieren zu las-

sen und einen Gesetzesentwurf für die „Abschaffung des exekutiven Präsidialsystems und dessen Ersetzung durch ein System der konstitutionellen Demokratie“ auf den Weg zu bringen.

Doch angesichts eines zunehmend nervösen Regimes ist die Antwort des sri-lankischen Volkes klar: Der Kampf geht weiter bis sie alle fallen!

Der erste Generalstreik seit vier Jahrzehnten

Am 28. April riefen mehr als tausend Gewerkschaften, Verbände und Arbeiterplattformen zum ersten Generalstreik seit 1980 auf, um den Rücktritt von Präsident Gotabaya Rajapaksa zu fordern. „Ich habe in den letzten 42 Jahren noch nie einen Aufruf gesehen, der von Gewerkschaften unterschiedlicher Couleur unterzeichnet wurde und eine solche Machtdemonstration darstellt“, sagte ein Aktivist.

Angesichts des großen Erfolgs des Generalstreiks kündigte der Gewerkschaftsführer Ravi Kumudesh für den 6. Mai einen neuen „hartal“ an, falls Gotabaya sich weigere, den Präsidentenpalast zu verlassen.

Und so geschah es. Die Alliance of Railway Unions, die Nurses' Association, die Fischergewerkschaften,

die Electricity Board Progressive Employees' Association, die Train Drivers' Association und viele mehr (bis zu zweitausend Organisationen) beteiligten sich erneut an dem Marsch. Am 6. Mai wurde die Insel für weitere 24 Stunden lahmgelegt und Zehntausende von Arbeitern, Jugendlichen und Bauern demonstrierten entschlossen.

Als bekannt wurde, dass einige Mitglieder des Rajapaksa-Clans versuchten, aus dem Land zu fliehen, besetzte ein großer Teil der Demonstranten den Flughafen.

Bringt das ganze Regime zu Fall! Kämpft für Arbeitermacht!

Der revolutionäre Ausbruch auf der asiatischen Insel ist noch lange nicht besiegt. Nach dem Rücktritt von Rajapaksa und den Anzeichen von Schwäche des Regimes fühlt sich die Bewegung gestärkt und das ist kein Wunder. Mehr als 50 Tage Massenmobilisierungen, zwei Generalstreiks, Besetzungen von Regierungsgebäuden und wichtiger Infrastruktur des Landes und all das ohne die repräsentativen Organisationen der Linken (JVP und die maoistische Ceylon Communist Party)! Das Potenzial, den Präsidenten zu stürzen, ist enorm und könnte in den kommenden Wochen weitere Siege erringen.

Aber diese revolutionäre Gärung in Sri Lanka braucht eine Strategie, eine Organisation und eine bewusste Führung. Die Massen können nicht ständig auf der Straße sein. Damit die Bewegung Erfolg hat, ist es notwendig, dass der spontane unbefristete Streik, den es in vielen Sektoren und Städten gibt, von den Hunderten von Gewerkschaften, die es gibt, auf die gesamte Produktion ausgedehnt wird und dass in jeder Fabrik, Schule und Ortschaft Komitees gegründet werden, die sich für einen revolutionären Ausweg aus dieser Krise einsetzen.

Es gibt nur einen Weg, um mit der Barbarei des Kapitalismus zu brechen: Revolution und Sozialismus!

Deutscher Kapitalismus: Die Krise hat gerade erst begonnen

Katharina Doll

Der Krieg in der Ukraine ist zum großen Prüfstein der Ampelkoalition geworden. Am 26. April erklärten die Regierungsparteien, die Lieferung schwerer Waffen in die Ukraine zu befürworten. Zwei Tage zuvor titelte das *Handelsblatt*, der Druck durch die Union schweiße die Koalitionsparteien enger zusammen.

Doch die Realität zeigt das absolute Gegenteil: Dem Beschluss ging ein wochenlanger Kampf voran, in dem alle Sender, die sich mit ihrem „kritischen“ Journalismus brüsten, Olaf Scholz für seine „Zurückhaltung“ beim Waffenexport mit Schmutz beworfen haben. Kaum fünf Monate im Amt, ist der Kanzler schwer beschädigt. Die „Einigkeit“, von der die Parteien der Ampel sprechen, ist zerbrochen, und die Reformen, die die Ampelkoalition den einfachen Menschen versprochen hat, zu Staub zerfallen.

Dieses umfassende Versagen, das die „historische Fortschrittskoalition“ erfasst hat, zeigt einmal mehr, dass nur der Kampf für den Sozialismus der Arbeiterklasse noch eine Alternative bieten kann.

„Zeitenwende“ für die deutsche Bourgeoisie

Im Angesicht des Ukraine-Krieges haben besonders die Grünen und die bürgerlichen Medien neue Höhepunkte bellizistischer Hetze erklommen. Doch ihre Angriffe dürfen über eines nicht hinwegtäuschen: Dass die Vertreter der Bourgeoisie über die Lager hinweg einen Pakt zur Stärkung des Militarismus geschlossen haben. Nirgends finden sich mehr Berichte über die faschistische Unterwanderung der KSK und anderer Einheiten in Polizei und Armee. Die Aktienkurse von Rheinmetall, deren Berater die Regierung offen auffordern, noch mehr Waffen zu expor-

tieren, sind in den Himmel gestiegen.

Gleichzeitig verarmt die Arbeiterklasse in einem Maß, das der Arbeiterjugend und ihren Eltern bisher unbekannt war. Die Inflation hat 7,3 Prozent erreicht, aber die Inflation für Grundprodukte wie Butter oder Nudeln liegt weit darüber. Egal, was die Vertreter der Bourgeoisie sagen: Auch ein aggressiverer außenpolitischer Kurs wird nichts daran ändern, dass der deutsche Kapitalismus in der tiefsten Krise seit Generationen steckt, und dass sie die Arbeiterklasse dafür zahlen lassen wollen.

Dynamik der Krise

Dabei hat eine mächtige Fraktion der Bourgeoisie mit Blick auf ihre kapitalistischen Beziehungen zu Russland versucht, eine Eskalation des Konflikts zu verhindern. Doch die Realität des russischen Vormarschs hat es dem US-Imperialismus ermöglicht, die EU zu unterwerfen und die bürgerliche Re-



gierung Deutschlands zu zwingen, weiter zu gehen, als sie es vorhatten. Dieser Vorstoß spiegelt sich in der aggressiven Rede von Vertretern der EU wie Stephen Borrell oder Ursula von der Leyen wider, die sich keinerlei Mühe geben, ihren Enthusiasmus für das imperialistische Schlachten zu verbergen.

Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) hat sich hinter dem Banner des ukrainischen Nationalismus eingereiht und unterstützt heute den Sanktionskurs. Seine Rede von der „Verteidigung der Demokratie“ in der Ukraine findet sich in der Wortwahl aller großen Medienhäuser und bis an die Spitzen des DGB wieder.

Aber dieses Kapitel ist nicht geschlossen. Hinter der „Einigkeit“ haben sich wichtige Spaltungstendenzen in der Bourgeoisie erhoben. Nach nur wenigen Monaten sind die Regierungsparteien gespalten, und nicht nur das, der Druck dieses Sektors der Bourgeoisie, der oben erwähnt wurde, hat all die Anstrengungen des US-Imperialismus gebremst, ein Gasembargo gegen Russland zu erzwingen.

Die Bourgeoisie ist gespalten.

Wir müssen uns nur ansehen, was mit dem deutschen „Konservatismus“ passiert ist. Angesichts der Realität des Ukraine-Krieges hat die CDU alle Anstrengungen auf die Spaltung der Ampelkoalition gerichtet, indem sie eine Gewissensentscheidung zur Lieferung schwerer Waffen gefordert und sich neben FDP und Grünen eingereiht hat, um Sanktionen gegen Gerhard Schröder zu fordern. Aber die Realität ist, dass Friedrich Merz, der reaktionäre Hardliner der den Posten des Parteichefs errungen hat – anders als Norbert Röttgen, einem Moderaten in der Partei, der ein volles Embargo von russischem Gas fordert – obwohl er die Scholz-Regierung wütend angreift, ein umfassendes Gasembargo nicht unterstützt.

Das sind die Tendenzen, die es in der deutschen Rechten gibt, und sie repräsentieren nicht nur einen Sektor des Kleinbürgertums, der sich vor dem Krieg fürchtet und davor, seine Existenz in der kapitalistischen Krise zu verlieren, sondern auch einen Dissens des Großkapitals darüber, wie man auf die kapitalistische Krise reagieren soll. Wir dürfen nicht vergessen, dass die AfD von Repräsentanten der Wirtschaftse-

lite gegründet wurde, um die Krise von 2008 zu beantworten. Seiher wurde der faschistische Flügel der Partei gestärkt, was zum Rückzug mehrerer gemäßigter Parteiführer geführt hat. Am 27. April, hat die Mehrheit der AfD-Fraktion im Bundestag gegen den Waffenexport gestimmt. Tino Chrupalla, ihr faschistischer Sprecher, hat erklärt, die Verteidigung der Ukraine sei „nicht seine Aufgabe“. Hans-Georg Maaßen (CDU), der ultrarechte Hetzer, der zu den Verantwortlichen für die Vertuschung der brutalen Terrorserie des faschistischen NSU zählt, sagte der *Weltwoche*, dass „der Ukraine-Krieg nicht unser Krieg“ ist. Sollen wir wirklich glauben, dass es diesem Stück faschistischem Dreck darum geht, „die Eskalationsspirale zu beenden“ (Maaßen)?

Angesichts all der Propaganda über die „Einheit“ der kapitalistischen Institutionen wäre es naiv, die darunterliegenden Aggressionen nicht zu erkennen. Es ist Unsinn, zu erklären, dass mit dem Handeln der EU im Ukraine-Konflikt ihre Spaltungen überwunden seien. Die Krise des Kapitalismus ist chronisch geworden, und es gibt keinen leichten Weg für die Bourgeoisie, die großen Widersprüche zu befrieden, die aufgetreten sind. In der Tat werden die Tendenzen des Sektierertums und des Rechtsrucks mit der kapitalistischen Krise zunehmen und zeigen, dass nur die Arbeiterklasse die Menschheit aus dieser Katastrophe herausführen kann.

Deutscher Kapitalismus im Abwärtsstrudel

Mit der Ukraine-Krise hat sich ein Abgrund vor der deutschen Bourgeoisie aufgetan. Die Medien der Kapitalistenklasse versuchen das mit einer umfassenden Propagandakampagne zu vertuschen. Zwar haben sie die Lüge der „V-Kurve“ fallengelassen, doch sie erklären unaufhaltsam, dass die Erholung der Wirtschaft kurz bevorsteht.

Dabei ist gleichgültig, welche Daten man heranzieht, um zu erkennen, dass diese Meldungen reine Lügen sind. Die

„Wirtschaftsweisen“ der Bundesregierung haben im November ein Wachstum des BIP um 4,6 % prognostiziert. Was wir nun sehen, ist, dass die Wirtschaftsleistung 0,9 % unter Vorkrisenniveau liegt, und die Ausrüstungsinvestitionen in Maschinen oder Geräte seit 2020 stagnieren. Der reale Ausblick auf das anstehende Quartal machen die Verwirrung dieser „Weisen“ der bürgerlichen Wirtschaft perfekt: Selbst das IW gibt zu, dass sie für das zweite Quartal ein Schrumpfen des BIP erwarten.



Christian Töhl/Watsonbank

Heute ist klar, dass eine scharfe Rezession der deutschen Wirtschaft die gesamte EU in eine tiefe Krise stürzen könnte. Projektionen des IWF haben ergeben, dass das deutsche BIP um 6,5 %, und das der EU um 3 % einbrechen könnte.

Unsichere Weltlage nährt deutschen Chauvinismus

Die weltweite Überproduktionskrise und der Aufstieg Chinas haben die deutsche Bourgeoisie mit sehr ernsthaften Schwierigkeiten konfrontiert. Ihre Position im Welthandel ist geschrumpft: Während sich der Weltmarktanteil deutscher Produkte von 3,2 % im Jahr 1950 auf 12 % im Jahr 1990 gesteigert hat, lag er 2020 nur noch bei 7,2 %. Im Jahr 2008 kam jede 30. Tonne Stahl weltweit aus Deutschland – im Jahr 2020 war es nur noch jede 50. Tonne.

Und die Krise hat ihre eigene Dynamik. Mit dem Ukraine-Krieg sind nun die Importpreise von Grundprodukten massiv gestiegen. Im März 2022 lagen die Preise für Erdgas viermal so hoch wie im Vorjahr. Keine der zwei Ölkrisen in den 70er- und 80er-Jahren brachte vergleichbare Preissprünge.

Was die Energiekrise betrifft haben die bürgerlichen Medien eine unvergleichliche Lügenkampagne entfaltet. Deutschland könne „über Nacht“ unabhängig von russischem Öl werden. Die Realität zeigte sich schnell: Als Habeck den Öl-Deal mit Polen abschloss, reagierte Russland mit einem Embargo. Polen musste Gas über Deutschland importieren, und die Gaspreise in Deutschland stiegen um 20 % an.

Noch deutlicher werden die Probleme der deutschen Kapitalisten bei der Gasversorgung. Mit 31 % ist Erdgas der wichtigste Energielieferant der deutschen Industrie. Ein drohendes Embargo durch Russland hat die Großindustrie in helle Panik versetzt: Die Wirtschaftsvereinigung Stahl warnt vor einem Stillstand der Produktion. Schätzungen des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) haben ergeben, dass nur rund 7,9 % des russischen Erdgases in der Industrie kurzfristig substituiert werden können, und nur 4 % in der Chemie!

Die Fakten zeigen, was für das deutsche Kapital auf dem Spiel steht. Der Aufstieg Chinas und die Eskalation zwischen den Weltmächten drängen den deutschen Imperialismus vom Weltmarkt und zeigen klar, dass das deutsche Kapital in eine Situation zunehmender Abhängigkeit geraten ist. Für sie steht nicht weniger auf dem Spiel, als die Degradierung von einer Großmacht zu einem Land der Peripherie.

Doch die herrschende Kapitalistenklasse wird ihren Platz nicht kampflos aufgeben. Ihre Medien sind zunehmend von aggressiven und rassistischen Tönen beherrscht. Erst am 13. April breitete die NATO-Vertreterin Florence Gaub bei Markus Lanz ganz offen ihre These aus, dass „auch wenn Russen europäisch aussehen, es keine Europäer sind“.

Das umfassende Aufrüstungspaket, das die Bundesregierung dieses Jahr beschlossen hat, soll den deutschen Rüstungshaushalt zum drittgrößten Militäretat der Welt machen.

Krise des Reformismus

Von den großen Ankündigungen der „Fortschrittskoalition“ ist nichts übrig. Jede einzelne ihrer „Reformen“ ist zu Staub zerfallen: Die Impfpflicht – das erste große Projekt der Regierung – konnte angeblich wegen „Papiermangel“ nicht durchgesetzt werden, das

Tempolimit auf den Autobahnen scheiterte am Schildermangel und Bund und Länder streiten offen über die Finanzierung des geplanten 9-Euro-Tickets.

Gleichzeitig schweigen die Medien über die wahre Situation der Arbeiterklasse. Ganz klar ist, dass die Verarmung massiv ist: Die Tariflöhne sind im Jahr 2021 um 1,7 % gestiegen, während die Inflation derzeit bei 7,3 % liegt.

Teile der Linken steigen mit ihrem ewigen Lamentieren über das Bewusstsein der Arbeiterklasse in den Chor der Medien ein. Fakt ist aber, dass die wahre Entwicklung eine entgegengesetzte ist: Das Allensbach-Institut, das jedes Jahr den „Zukunftsoptimismus“ der Bevölkerung erhebt, hat in diesem Jahr berichtet, dass nur 19 % die Zukunft mit Zuversicht sehen. „Die Bevölkerung steht unter Schock“ berichtete die Geschäftsführerin des Instituts, und: „Der Krieg gegen die Ukraine hat zu einem [...] nie erlebten Zusammenbruch des Zukunftsoptimismus geführt.“

Doch die reformistischen Führer wollen die Angriffe auf die Arbeiterklasse nicht beantworten. Während der Lebensstandard zusammenbricht, begnügen sich die DGB-Spitzen mit Abschlüssen deutlich unterhalb der Inflationsrate: 0 % für die Drucker im Jahr 2021; eine Einmalzahlung von 1.000-1.400 € in der Chemie, 2,7 % in der Holz- und Kunststoffindustrie; 130 € in der SuE-Tarifrunde! Das macht deutlich, warum der Autoritätsverlust der Gewerkschaftsführungen in der Arbeiterklasse so massiv ist.

Auch DIE LINKE hat der kapitalistischen Krise keinen grundlegenden Gegenentwurf entgegengesetzt. Es ist gut, dass die LINKE sich dem 100-Milliarden-Paket entgegenstellt. Doch schon im Februar hat ihre Spitze ein Statement ausgegeben, das die „Anerkennung der Volksrepubliken“ (Luhansk und Donezk) verurteilt und sagt, Russland habe einseitig die „territoriale Souveränität der Ukraine“ verletzt. Als Internationalisten verurteilen wir den großrussischen Chauvinismus, der den Arbeiterfeind Putin in die Ukraine getrieben hat. Aber wir schließen uns nicht der Lüge an, die NATO und Deutschland hätten die „Souveränität“ des ukrainischen Volkes je geachtet!

Die Fraktionen der LINKEN in Regierungspositionen haben die Perspektive einer linken Opposition vollständig aufgegeben. Nachdem die LINKE

in der Berliner Landesregierung den Volksentscheid für die Enteignung der Immobilienhaie verschleppt hat, verteidigte ihr Ko-Fraktionschef es zuletzt als „sinnvolle Entscheidung“, dass das Tragen der Sowjetfahne am 9. Mai von der Berliner Polizei verboten wurde.

Unter dem Banner des Kommunismus kämpfen!

Die Ergebnisse dieser Politik sind eindeutig: Ein Einbruch von 9,2 auf 4,9 % bei der Bundestagswahl, ein Abstieg von 4,9 auf 2,1 % in NRW am 15. Mai, ein Einbruch auf 1,7 % in Schleswig-Holstein am 8. Mai und ein absoluter Zusammenbruch von 12,8 auf 2,6 % im Saarland im März. DIE LINKE ist in der tiefsten Krise ihrer Geschichte.

Es ist nicht die Schwäche der Arbeiterklasse, sondern die Feigheit ihrer reformistischen Führer, die diese Krise ausgelöst hat. Trotzki formulierte das einmal so, dass eine Partei, die sich auf die Arbeiter stützt, aber nicht ihren Interessen dient, in Zeiten der Verschärfung der Klassenkämpfe den Geruch des eigenen Grabes riecht.

Wir erleben derzeit eine absolute Polarisierung: Die Bourgeoisie hat ihre Angriffe auf die Arbeiterklasse verstärkt. Gleichzeitig sind als Antwort auf den Ukrainekrieg in einigen Regionen die Ostermärsche angewachsen. Die Demonstrationen zum „Revolutionären 1. Mai“, deren unpolitischen Charakter wir in der Vergangenheit häufiger kritisiert haben, waren von größerer Disziplin gezeichnet als im Vorjahr und griffen zumindest in Berlin wichtige politische Anliegen auf. 20.000 vorwiegend Arbeiterjugendliche beteiligten sich an der Demonstration; auch morgens waren Tausende bei der Demonstration des DGB, bei der Franziska Giffey für den Verrat des Volksentscheids angegriffen und mit Eiern beworfen wurde.

Auf der Ebene grundlegender Sektoren der Wirtschaft – der Metallproduktion, der Energie, des Transports, ... – ist die Anarchie des Marktes umfassend geworden.

Heute ist klar, dass nur ein breites, sozialistisches Programm zur Enteignung und Verstaatlichung der Schlüsselindustrien und Banken und ein gesellschaftlicher Plan zur Befriedigung der Bedürfnisse der breiten Massen dieses Elend beenden kann.



Der Kapitalismus hat aus dem Krieg ein florierendes Geschäft gemacht.

Den Kapitalismus überwinden, um den Krieg zu beenden!

Filiz Ennulat

Die täglich neuen Kriegsbilder und Nachrichten aus der Ukraine halten die Welt in Atem. Eine neue Schlacht zwischen großen Staaten wird wieder einmal auf dem Rücken der einfachen Bevölkerung ausgetragen, um daraus Gewinne zu schlagen, die genau dieser Bevölkerung, den Arbeitern, am wenigsten zu Gute kommen. Die gleichen Mächte, die jetzt Russlands Angriff auf die „Souveränität“ der Ukraine verurteilen, haben das Gleiche in allen Teilen der Welt gemacht. Afghanistan, Libyen, Syrien, Irak, Kurdistan, Mali, Jemen... die Liste ließe sich endlos fortsetzen. Überall haben NATO-Länder und ihre Verbündeten, allen voran die USA, Krieg, Zerstörung und Leid zu verursachen. Und diese Länder wollen sich jetzt als Friedenswächter darstellen?!

Hinter dem Krieg steht der Kapitalismus

Die Spaltungslinien zwischen den Staaten der Welt verlaufen nicht zwischen „europäischer“ und „asiatischer“ Kultur, zwischen barbarischen Diktaturen auf der einen und demokratischen Friedenschütern auf der anderen Seite. Sie verlaufen zwischen den konkurrierenden Interessen verschiedener imperialistischer Blöcke!

Dass solche Blöcke im kapitalistischen System gegeneinander geraten und um Handelswege, Schlüsselrohstoffe und geostrategische Gebiete kämpfen ist etwas Unvermeidbares. In einem System wie dem Kapitalismus, in dem Staaten und Regierungen vor allem die Interessen einer Minderheit an privaten Investoren und Profiteuren dienen, werden diese immer auch bereit sein, den Kampf um Märkte und ihre Macht auch mit Waffengewalt durchzusetzen, egal ob nach Innen oder Außen. Es gibt ein Interesse daran den Krieg

weiterzuführen und einzelne Länder dabei absichtlich zu schwächen.

Profite der Kriegsindustrie

Krieg ist dabei vor allem eins: ein lukratives Geschäft für die herrschende Klasse! Auch in Deutschland kann man die Profite genau beziffern, die aus Krieg und Rüstung geschlagen werden:

So verzeichnet Rheinmetall neue Rekorde. Während die Kurse seit den 90er-Jahren nie über 120 Euro lagen, haben sie diesen Wert im April fast verdoppelt! Bei einem Umsatz von mehr als 290 Mio. (eine Steigerung von rund 5 %) ist auch bei Heckler & Koch der Gewinn im vergangenen Jahr um 61 % auf 21,8 Mio. Euro gestiegen.

Weit mehr als 200 deutsche Unternehmen ziehen ihre Gewinne aus dem Rüstungsgeschäft. Sie haben ein Interesse an der Kriegstreiberei – anders als die einfache Bevölkerung. Es ist völlig falsch, dass aus einem Geschäft wie dem imperialistischen Krieg private Gewinne gezogen werden.

Es gibt etliche Beispiele von Belegschaften, die sich gegen das Geschäft ihrer Chefs mit dem Krieg gestellt haben. Ein gutes Beispiel ist das von Lucas Aerospace im England der 70er-Jahre. Dort erarbeiteten die Beschäftigten einen umfassenden Plan

zur zivilen Konversion des Konzerns aus, der eine Palette von 150 alternativen Produkten umfasste. Das zeigt, wie kreativ die Belegschaften werden können, und den großen Willen der Arbeiterklasse, ihre Produktivkraft in den Dienst der Gesellschaft zu stellen.

Wir fordern:

- Enteignung aller rüstungsrelevanten Konzerne unter Kontrolle und Verwaltung der Belegschaften. Aufstellung eines demokratischen Plans zur Umstellung der Waffenproduktion!
- Der eigenen nationalen herrschenden Klasse muss die Unterstützung verweigert werden und den kapitalistischen Nationalismus mit dem Programm des Internationalismus und Sozialismus entgegen getreten werden!
- Nur eine sozialistische und weltweite Revolution kann die Kriegstreiberei der imperialistischen Regierungen beenden!
- Arbeiter aller Länder vereinigt euch gegen den imperialistischen Krieg!
- Organisiert euch, gegen Krieg und Kapitalismus in Schulen, Unis und Betrieben!



Ein sozialistisch um die Krise zu

Alexandra Lioliopoulou

Im Jahr 1916 zitierte Rosa Luxemburg Friedrich Engels mit den Worten: „Friedrich Engels sagte einmal: *die bürgerliche Gesellschaft steht vor einem Dilemma: entweder Übergang zum Sozialismus oder Rückfall in die Barbarei*“.

Ob Klimawandel, Krieg, Inflation oder Coronapandemie: Der Kapitalismus hat bewiesen, dass all diese Krisen innerhalb der kapitalistischen Logik nicht beseitigt werden können. Heute, mehr denn je, spüren wir die Konsequenzen kapitalistischer Kürzungspolitik und Gewinnmaximierung am eigenen Leib. Aber was können wir dagegen tun?

Wir präsentieren sechs Forderungen, die der revolutionäre Marxismus uns an die Hand gibt, um die Krisen im Kapitalismus zu bekämpfen:

1. Inflation bekämpfen: Gleitende Lohnskala!

Derzeit liegt die Inflation bei 7,3% - dem höchsten Stand seit 1981. Gleichzeitig sind im Jahr 2021 die Reallöhne gesunken. Während außerdem Arbeiter und

Arme, die die Güter des täglichen Bedarfs durch ihre Arbeit produzieren, enteignet werden, können sich Großkonzerne leichter aus Schulden durch kreditfinanzierte Investitionen kaufen.

Stattdessen müssen Löhne an die Preise angepasst werden: Wir brauchen die gleitende Lohnskala!

2. Preise deckeln!

Lebenshaltungskosten und besonders die Preise für Grundprodukte sind überdurchschnittlich gestiegen. Beispielsweise erhöhten sich die Preise für pflanzliche Öle um 72,3% und bei Butter um 56%. Der Kapitalismus will uns weismachen, dass diese Preiserhöhungen unumgänglich sind und wir den Gürtel enger schnallen sollen. Sie sprechen von einer „Lohn-Preis-Spirale“, die ausgelöst würde, wenn die Gewerkschaften auf die Inflation mit Lohnforderungen reagieren.

Das ist eine Lüge, um die Gewinne der CEOs unangetastet zu lassen, während sich ein normaler Arbeiter sein Essen nicht mehr leisten kann. Unsere Alternative heißt Preise deckeln. Diese

Forderung muss von Gewerkschaften und Linkspartei unverzüglich aufgenommen werden!

3. Energieriesen verstaatlichen!

Während der Preis für eine Tankfüllung heute bei ca. 100 Euro liegt ist die bürgerliche Politik nicht in der Lage Lösungen für die Bevölkerung anzubieten. Statt den Kraken der Ölindustrie zu bändigen, fordern Politiker wie Merz oder Lindner „Entlastung“ der Verbraucher durch eine Spritsteuersenkung für Ölkonzerne. Mit dieser Maßnahme würden jedoch nur die Profite der Ölkonzerne gesichert, welche weiterhin immense Gewinne einstreichen können ohne Steuern zahlen zu müssen.

Was ist die Bilanz der Mineralölkonzerne in der Energiekrise? Laut einer Studie von Greenpeace wurden allein in Deutschland seit Beginn des Ukrainekriegs 38,2 Millionen Euro Rohöl täglich durch die Ölkonzerne gemacht. Ihre Profite gehen auf den Rücken der Verbraucher.

Nur die Verstaatlichung der Energiekonzerne, und die Nutzung der Ressourcen für die Bedürfnisse der einfachen Menschen statt den Profit, kann diesen Irrsinn stoppen!



es Programm, bekämpfen!

4. Zivile Konversion

Der Ukrainekrieg hat einmal mehr bewiesen, wie die Kapitalisten den Krieg zu einem florierenden Geschäft machen. Die Ampel hat noch dazu beschlossen, dass Steuergelder in dreistelliger Milliardenhöhe direkt in die Kassen der Rüstungsindustrie gespült werden. Nichts davon ist im Interesse der Arbeiterklasse jedweden Landes.

Wir Kommunisten vertreten ein Programm, um die Produktion statt in den Dienst der Herrschenden und der Profite in den Dienst der einfachen Bevölkerung zu stellen. Bereits in den 1980er-Jahren gab es in der IG Metall einen Arbeitskreis, der die Forderung der zivilen Umnutzung der Ressourcen der Rüstungsindustrie aufstellte.

Wir fordern: Keine Profite aus der Kriegstreiberei! Enteignung der Waffenindustrie und ihre demokratische Kontrolle durch die Arbeiterklasse, um durch zivile Konversion ihre Ressourcen sinnvoll nutzen zu können.

5. Enteignung der Schlüsselindustrien

Die Krise des internationalen Kapitalismus hat die Anarchie des Marktes total werden lassen. In der Autoindustrie und der Stahlproduktion zeichnet sich eine heftige Überproduktionskrise ab; auch die Bauindustrie steckt in der Krise. Während der Kapitalismus versagt, elementare Bedürfnisse zu befriedigen, für verantwortlichen Industrien in fest.

Ein solches zentrales, Widerstanden: Die der Industrien stellen die Produktion nicht esse

sozialistisches Programm ist um diesen Anspruch zu lösen: Die Enteignung der Schlüsselindustrien kann sicherstellen, dass die Produktion im Interesse der Pro-

fitmaximierung für einen kleinen Teil sondern im gesamtgesellschaftlichen Interesse steht.

6. Demokratische Planung

Um die hohe Kapazität welche in diesen Industrien vorhanden sind, entfesseln und sinnvoll nutzen zu können, muss die Produktion unter die demokratische Kontrolle der Arbeiterklasse gestellt werden. Es gibt keine Überproduktionskrise und keinen Mangel, wenn produziert wird, was gebraucht wird.

Das wird bei einem Blick auf die Transportindustrie deutlich. Der Individualverkehr ist schädlich für Mensch und Umwelt und liegt nicht im Interesse normaler arbeitender Menschen. Doch nur durch die Enteignung der Autoindustrie und anderer Produktionsbereiche könnte den Ausbau von öffentlichen Verkehrsmittel vorantreiben und die vollumfängliche Planung eines bundesweiten und hocheffizienten Schienennetzes ermöglichen.



Klima & Kapitalismus

Trotz zahlreicher Blockbuster ist die Zerstörung unseres Lebensraums im Kapitalismus mehr als Fiktion!



Rasmus Schad

Wenn die Deiche dem Druck der Nordsee nicht mehr standhalten, fluten nicht nur die Elbinseln, sondern auch Hamm, Horn und die seelenlosen Glaspaläste in der Hafencity. Hamburg droht dasselbe Schicksal wie es die anderen Städte, direkt an der Küste, schon vor Jahren erlebt haben. Calais, Antwerpen, und Amsterdam sind längst evakuiert, Kopenhagen und Rostock unter Wasser. In Andalusien breiten sich Wüsten aus und sogar in Landstrichen in Deutschland wie der Pfalz oder Franken wird das Wasser knapp für die Landwirtschaft. Was viele Menschen vor wenigen Jahren noch für den Plot eines Privatfernsehen-Blockbusters gehalten hätten, ist mittlerweile ein realistisches Szenario in den Simulationen von Klimaforschern geworden.

Diese katastrophalen Aussichten sind unzweifelhaft Folge der von fossilen Energieträgern getragenen Industrialisierung der letzten 150 Jahre. Trotzdem ist die idealistische Vorstellung davon, die Erderhitzung durch eine individuelle Änderung des Konsumverhaltens

und eine Rückkehr zu lokaler Kleinproduktion ein romantischer Trugschluss. Die enormen Produktionssteigerungen, die durch Automatisierung, Chargengröße und Standardisierung möglich wurde, reduzieren technisch gesehen die pro Einheit benötigte Energie- und Wassermenge enorm.

Aber statt dass diese Produktivitätssteigerung, die sich auf menschliche Arbeit wie auf eingesetzte Energiemenge bezieht, im Dienste gesamtgesellschaftlicher Interessen, wie dem Schutz der Umwelt und des Klimas genutzt wird, fließen die enormen erwirtschafteten Gewinne in die Taschen einer abgehobenen Klasse Superreicher, die umweltzerstörende Spielereien, wie private Weltraumausflüge, Privatjets und riesige Luxusyachten finanzieren, oder in Finanzspekulationsobjekte wie Kryptowährungen, deren Blockchain so viel Rechenleistung braucht, dass der Energieverbrauch von Bitcoin alleine den eines europäischen Landes wie Finnland übertrifft.

Auch im Produktionsprozess wird das grüne Image, das sich heutzutage selbst Konzerne wie Nestlé oder McDo-

nalds zu geben versuchen, durch Lieferketten, die kreuz- und quer durch die Kontinente verlaufen, um Mineralwasser aus den französischen Alpen auch in Dubai und New York anbieten zu können, und absurde Verpackungskonzepte konterkariert.

Dass kapitalistische Unternehmen die Umwelt um sich herum zerstören, ohne Rücksicht auf die Zukunft der Menschheit wirtschaften und in letzter Konsequenz den Fortbestand des Lebens auf diesem Planeten riskieren, liegt nicht an der individuellen Gier von Managern oder Eigentümern oder der Boshaftigkeit einzelner Akteure. Das Problem, vor dem ein Aktienunternehmen in seiner systemischen Konkurrenz mit anderen „Marktteilnehmern“ steht, ist, dass es nicht auf kurz- und mittelfristige Gewinne verzichten kann, um eine intakte Umwelt in 50 Jahren zu sichern. Kein Hedgefond, keine Investmentbank wird auf seine Dividende verzichten, um Kleinigkeiten wie einen katastrophalen Anstieg des Meeresspiegels, Desertifikation oder massenhaftes Artensterben in einer fernen Zukunft in 50 oder 100 Jahren zu verhindern.

Buchveröffentlichung

Der Kapitalismus hält keinen Weg bereit, die Klimakrise zu beenden.

Obwohl der Klimawandel zu einer Realität geworden ist, die alles Leben auf dem Planeten bedroht, befinden wir uns heute in einem Worst-Case-Szenario, was die Prognosen der internationalen Institutionen und Umweltschutzorganisationen anbelangt.

Aber in einem System, das sich voll und ganz der Maximierung der Profite einer kleinen Klasse von Kapitalisten verschrieben hat, sind die Hände all derer gefesselt, die sich für den Umweltschutz einsetzen wollen.

All die Klimagipfel, all die schönen Bekundigungen der Herrschenden, dem Elend der Klimazerstörung endlich ein Ende zu setzen, sind verpufft.

Wir als Marxistinnen und Marxisten haben uns deshalb eingehend mit den Verlautbarungen und Abkommen der herrschenden Politik beschäftigt, damit, warum sie zu keinen weitreichenden

den Konsequenzen geführt haben und mit der Frage nach echten Alternativen zu Klimawandel und Naturzerstörung.

Dabei ist es nötig, sich in Erinnerung zu rufen, dass sich Kommunisten seit vielen Generationen mit der kapitalistischen Umweltzerstörung beschäftigen, und schon Marx und Engels Thesen zu dieser Thematik aufgestellt haben, die alle Beschlüsse kapitalistischer Klimagipfel als unentschlossene Halbherzigkeiten in den Schatten stellen.

Die große Russische Revolution von 1917 wiederum hat das große Untier der feudalen und kapitalistischen Umweltvernichtung mit einem Streich hinweggefegt, und bewiesen, dass die sozialistische Revolution imstande ist, die Welt aus den Angeln zu heben und nicht morgen sondern heute von Grund auf zu ändern.

Wenn du dich für unser Buch interessierst, schreib uns unter: **mail@offensiv.net** Preis: 5 Euro



Die bürgerliche Politik in Deutschland versucht sich also in der Quadratur des Kreises, um der mittlerweile weitverbreiteten und gut begründeten Angst um die ungehindert voranschreitenden Zerstörung von Umwelt und Klima in der Bevölkerung, ausgedrückt durch Massenproteste auf der Straße wie bei Fridays for Future, scheinbar Rechnung zu tragen. Mit Hilfe von Subventionen und milliarden-schweren Förderprogrammen sollen scheinbar umweltfreundliche Technologien wie E-Autos und die Profitinteressen von Autoindustrie und Anderen mit dem Umweltschutz in Einklang gebracht werden. Das hat zum einen die Folge, dass in Zeiten wachsender sozialer Ungleichheit und Lohnkürzungen Arbeiter über ihre Steuern Firmenwagenflotten und Industrieprofiten mitfinanzieren, und zum anderen, dass tatsächlich notwendige Investitionen, wie der Wiederaufbau des maroden öffentlichen Nahverkehrs zu dauerhaft kostenlosen Nutzung vom Tisch fallen.

Gerade die Grünen, Speerspitze dieses neoliberalen Pseudo-Klimaschut-

zes, treiben diese Entwicklung auf die Spitze, wenn sie etwa fordern, die Deutsche Bahn zerschlagen um einen „fairen Wettbewerb unter klaren Bedingungen“ im Fernverkehr ermöglichen. Wer wissen möchte, was „fairer Wettbewerb“ für Fahrgäste und Staatshaushalt bedeuten, sollte nach Großbritannien schauen. Das System privatisierter Bahnangebote dort war offensichtlich auch Vorbild für das Modell, das der Grünen-Fraktion vorschwebt. Während Schienennetz und Infrastruktur, also der wohl größte Kostenfaktor, in staatlicher Hand bleiben und teure Instandhaltungs- und Neubauprojekte im Zweifelsfall immer mit öffentlichen Mitteln finanziert werden, sollen Privatunternehmen den Betrieb der Züge übernehmen. Genau dieses Modell ist in Großbritannien gerade krachend gescheitert und hat nicht nur zu den höchsten Ticketpreisen in Europa geführt, sondern auch zur Verdreifachung der benötigten staatlichen Zuschüsse von knapp 2 Milliarden Pfund in den Jahren 1991-92 vor der Privatisierung auf 6 Milliarden in den Jahren 2015-16, ohne dass die

Bahn dort zu einer echten Alternative für das Auto geworden wäre.

Dieses Beispiel zeigt einmal mehr, dass wir mit der herrschenden, neoliberalen Ideologie brechen, und den Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft selbst in die Hand nehmen müssen! Nur wenn die Produktion und Verteilung der Güter unter demokratischer Kontrolle steht, wären diejenigen am Drücker, die ein tatsächliches Interesse an sozialer und ökologischer Gerechtigkeit hätten. Wir könnten technologische Fortschritte nutzen, um weltweit Ursachen und Folgen des Klimawandels zu bekämpfen, anstatt über Patent- und Nutzungsrechte die Taschen einiger Weniger zu füllen. Statt Hybrid-SUVs in Villenvierteln könnten wir eine angemessene ÖPNV-Anbindung für Alle finanzieren, und anstatt skrupellosen Agrar- und Kohleriesen würden die Menschen, die das Land bewohnen und bearbeiten über seine Nutzung entscheiden, ob in Kolumbien, Rumänien oder am Niederrhein!

DGB: Klassenkampf statt Burgfrieden!

Ein entschlossener Kampf geht nur mit kämpferischen Gewerkschaften!

Nadja Habibi

Kaum ein Thema wird zurzeit so oft in Gesprächen angeschnitten wie die Preissteigerungen infolge der Inflation. Das ist kein großes Wunder bei so vielen Menschen, die davon betroffen sind. Auch wenn die allgemeine Inflation schon bei über 7% liegt, ist sie bei Lebensmitteln noch deutlich höher – bei Butter beträgt sie ganze 44%. Auch die Angst vor der nächsten Strom- und Heizkostenabrechnung steigt bei vielen.

Es gibt also genug Gründe aufzubrechen und für eine Verbesserung unserer Lebensbedingungen zu kämpfen. Die Wut unter den Kolleginnen und Kollegen und die Bereitschaft zu einem kon-



sequentenen Kampf ist da. Im Sozial- und Erziehungsdienst hat man das daran gesehen, dass Kolleginnen und Kollegen äußerst unzufrieden mit dem vorgelegten Tarifabschluss waren, und die Bereitschaft hoch war, weiterzukämpfen um echte Verbesserungen zu erreichen. Die Gewerkschaftsführung macht Zugeständnisse an diese Stimmung. So sagte die neue Gewerkschaftsbund-Vorsitzende Yasmin Fahimi auf dem DGB-Bundeskongress Anfang Mai, dass man sich „diesen Unsinn einer Lohn-Preis-Spirale wegen der grassierenden Inflation nicht aufquatschen“ lassen wolle, in dem Wis-

sen, dass sich die Kolleginnen und Kollegen dagegen zur Wehr setzen wollen, dass die Krise auf ihrem Rücken ausgetragen wird.

Die letzten Tarifabschlüsse zeichnen aber ein anderes Bild: Bei den Druckern wurde das Entgelt 2021 gar nicht erhöht, 2022 gab es gerade mal eine Erhöhung von 2% und weiteren 1,5% ab Mai 2023. In der Holz- und Kunststoffindustrie gab es im April 2,7 Prozent und bei der Chemie wurde im April eine Einmalzahlung von 1.000 bis 1.400 Euro und die Verschiebung der Verhandlungen bis Oktober beschlossen.

Das entspricht einem direkten Reallohnverlust – wobei die Inflation laut Prognosen in diesem und im kommenden Jahr noch weitere Prozente steigen wird – und durch die langen Laufzeiten werden den Kolleginnen und Kollegen für mehrere Jahre die Hände gebunden.

Im Gegensatz dazu sind die Forderungen der IG Metall nach 8,2% mehr Lohn in der kommenden Tarifrunde für die Beschäftigten der Stahlindustrie ein Beispiel für den Weg in die richtige Richtung. Aber der Organisationsgrad in diesem Segment beträgt um die 80%, damit könnte noch mehr rausgeholt werden! Hier müsste die Forderung nach inflationsgebundenen Löhnen aufgeworfen werden, um Reallohnverlusten vorzubeugen.

Die Möglichkeit so eine Forderung durchzusetzen wäre da: Bosch hat seine Gewinne seit 2020 um 60% auf 3,2 Milliarden Euro gesteigert, die Mercedes-Benz Group hat ihre Gewinne seit 2020 um 50% auf 14 Milliarden Euro verdoppelt, ThyssenKrupp und Salzgitter profitieren von den gestiegenen Werkstoffpreisen.

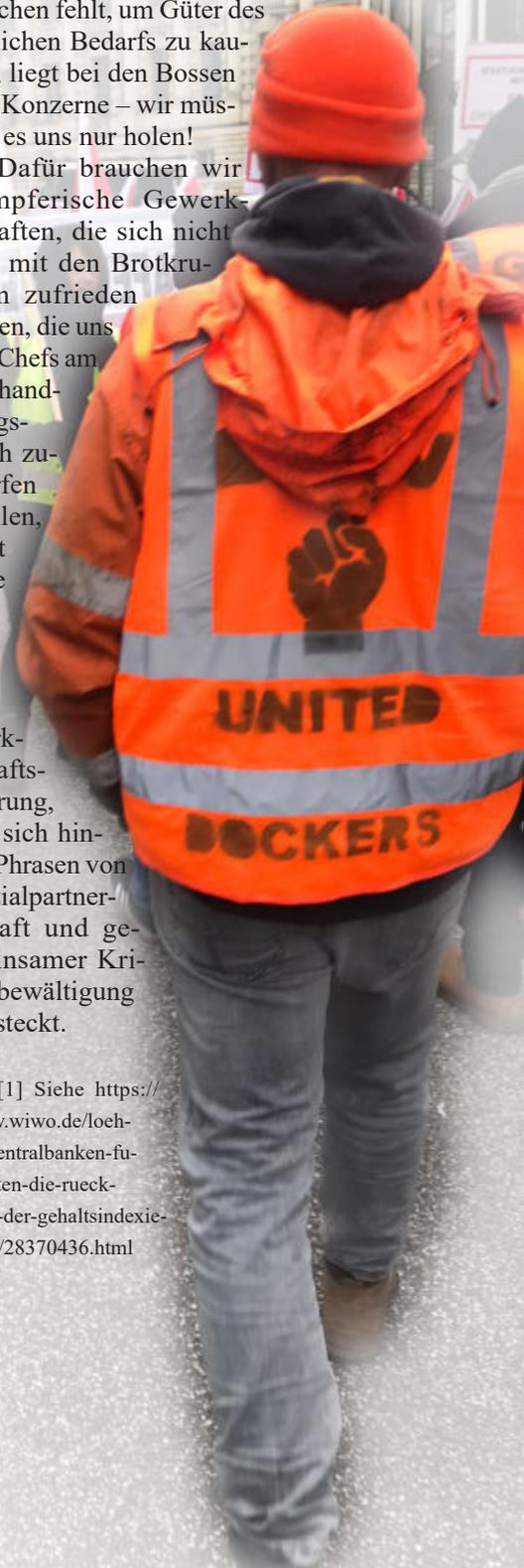
Auch ist diese Idee keineswegs neu: Auch in Ländern wie Belgien oder Zypern gibt es Indexklauseln zur Anpassung der Löhne an die Inflation.¹

Das Geld, das zurzeit in unseren Taschen fehlt, um Güter des täglichen Bedarfs zu kaufen, liegt bei den Bossen der Konzerne – wir müssen es uns nur holen!

Dafür brauchen wir kämpferische Gewerkschaften, die sich nicht nur mit den Brotkrumen zufrieden geben, die uns die Chefs am Verhandlungstisch zuwerfen wollen, statt eine Ge-

werkschaftsführung, die sich hinter Phrasen von Sozialpartnerschaft und gemeinsamer Krisenbewältigung versteckt.

[1] Siehe <https://www.wiwo.de/loehne-zentralbanken-fuerchten-die-ueckkehr-der-gehaltsindexierung/28370436.html>



Abonniere die Offensiv!

Unterstütz' uns im Kampf für eine unabhängige Zeitschrift, eine kämpferische Arbeiterbewegung und den Sozialismus!

Abonniere die Offensiv!

Alternativ findest du den Link auf unserer Website.



Schließ dich den revolutionären Kommunisten an!

Mach mit bei Offensiv!



offensiv_marxisten



0162 8359272



mail@offensiv.net



Offensiv - Marxistische Organisation

www.offensiv.net



Wer wir sind, wofür wir kämpfen

Wir kämpfen in Gewerkschaften und Bewegungen für umfassende soziale Verbesserungen, gegen Unterdrückung, Armut, Ausbeutung und Krieg. All das können wir nur durch eine tiefgreifende Veränderung der Gesellschaft erreichen.

Denn obwohl uns erzählt wird, dieses System sei „demokratisch“, weil wir alle vier Jahre wählen gehen, ist es das in Wirklichkeit nicht. Nur wenige Kapitalisten haben die Kontrolle über Banken und Konzerne. Sie bestimmen, zu welchen Bedingungen produziert wird. Unser ganzes Leben wird von dieser Frage beeinflusst.

Ein Ende unserer sozialen und gesellschaftlichen Probleme ist nur erreichbar durch die Abschaffung des Kapitalismus, die Enteignung und Überführung der Produktionsmittel in Gemeineigentum und eine demokratisch geplante Wirtschaft. Eine Gesellschaft, basierend auf einem System von Räten und Versammlungen in den Betrieben, Schulen und Nachbarschaften.

Eine solche Gesellschaft ist anders als das, was es im Stalinismus gab. Dort war das Privateigentum an den Produktionsmitteln abgeschafft, wirkliche Arbeiterdemokratie gab es aber nicht. Wir organisieren uns an der Seite der Genossinnen und Genossen der Internationalen Revolutionären Linken (IRL). Gemeinsam kämpfen wir dafür, die Diktatur des Kapitals mit einer sozialistischen Gesellschaft zu ersetzen.

Soziale Verbesserungen für Alle! Weg mit den Hartz-Gesetzen! Einführung eines sanktionsfreien Arbeitslosengeldes und einer Mindestrente von 750 € plus Warmmiete. Rentenalter auf 60 senken. Mehrwertsteuer und Rundfunkgebühr abschaffen! Wohnen, Bildung und Gesundheit in öffentliche Hand! Gesundheitszentren für jede Nachbarschaft! Zusammenfassung der Krankenkassen in eine öffentliche.

Gute Arbeit. Mindestlohn von 14€ ohne Ausnahmen. Volle Übernahme der Sozialversicherungsbeiträge durch die Arbeitgeber. Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden die Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich! Leiharbeit abschaffen! Kopplung der Renten und Löhne an die Preisentwicklung.

Volle demokratische Rechte. Nein zu den Polizeigesetzen: Für volle Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit. Militär runter von unseren Straßen! Nazis bekämpfen, nicht befördern: Verfassungsschutz abschaffen! Nein zu jeder Form der Diskriminierung wegen Geschlecht, Hautfarbe, Religion, Behinderung oder sexueller Orientierung.

Frauen. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Kostenlose, ganztägige Kinderbetreuung und öffentliche Kantinen in jeder Nachbarschaft. Weg mit den Abtreibungsparagrafen §218 und §219! Kampf der Pornographie, der Prostitution und dem Menschenhandel!

Jugend. Wahlrecht ab 16 Jahren. Eine Schule für Alle. Deutliche Anhebung der Ausbildungsgehälter auf mindestens 1.200€ netto und garantierte Übernahme. Soziale Zentren in allen Stadtteilen. Umfassende Aufklärung und Kampf dem Drogensumpf!

Ökologie. Ausbau des Schienennetzes und kostenlosen, öffentlichen Nahverkehr! Schluss mit Braunkohleabbau, Tiefseebohrungen, AKWs und Fracking. Jeden Job erhalten: Umschulung der Beschäftigten bei voller Lohnfortzahlung auf Kosten der Eigentümer. Entschädigungslose Enteignung und Verstaatlichung der Energiekonzerne! Demokratische Kontrolle über Pharma- und Lebensmittelindustrie! Investitionskontrollen nach sozialen und ökologischen Kriterien.

Eine Klasse – ein Kampf: Hoch die internationale Solidarität! Nein zur EU der Banken und Konzerne! Nein zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Enteignung und ziviler Umbau der Rüstungsindustrie und Umschulung der Beschäftigten bei voller Lohnfortzahlung. Austritt und Auflösung der NATO! Nein zu Spaltung und Lohndrückerei! Wahl-, Bleibe- und Arbeitsrecht; Mindestlohn und Recht auf gewerkschaftliche Organisation für Alle!

Gewerkschaften. Nein zur Klassenkollaboration! Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften im Interesse der Verbesserung unserer Lohn-, Arbeits- und Lebensbedingungen! Nein zu Privilegien für Funktionsträger: ständige Wahl- und Abwählbarkeit und einen durchschnittlichen Arbeiterlohn für Hauptamtliche. Für ein vollumfängliches Recht auf gewerkschaftliche Selbstorganisation und Streik. Einheitliche Tarifverträge: Kampf der Spaltung durch Leiharbeit, Befristungen, Ausgliederungen usw.

Geplant und demokratisch wirtschaften! Offenlegung der Geschäftsbücher der Banken und Konzerne. Schlüsselindustrien und Banken in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der arbeitenden Bevölkerung. Für einen demokratisch entwickelten Plan zum Wohnungsbau; dem Ausbau von Sozialleistungen, Bildungs- und Gesundheitssystem; der gesellschaftlich sinnvollen Verteilung der Arbeit auf die gesamte arbeitsfähige Bevölkerung und dem nachhaltigen, modernisierten und zivilen Umbau der Wirtschaft entlang der Bedürfnisse der lohnabhängigen Bevölkerung.

Für die internationale, sozialistische Revolution und den Aufbau des Sozialismus im Weltmaßstab!

VERANSTALTUNG: DER IMPERIALISTISCHE KRIEG UND WIE WIR IHN BEKÄMPFEN KÖNNEN

Der Krieg in der Ukraine ist zum aktuellsten Beispiel dessen geworden, was passiert, wenn die Jagd nach Profit und geopolitischen Einfluss kapitalistische Großmächte um den Erdball jagt, und sie dort eine Schneise der Zerstörung hinterlassen.

Doch die Ukraine ist nicht das einzige Beispiel für diesen Zusammenhang. Kosovo, Mali, Syrien, Afghanistan, Irak, Kurdistan, Palästina, Jemen, Libyen,... Die Liste lässt sich immer weiter fortsetzen.

Diese Politik ist nicht im Interesse der Arbeiter und Armen, und der Jugend auf diesem Planeten. Sie dient den Reichen und Mächtigen, die ihre obszönen Reichtümer immer weiter vergrößern wollen und dafür kein Opfer scheuen.

Doch die Reichen und Mächtigen werden uns nicht dabei helfen, an diesen Problemen etwas zu verändern. Dafür müssen wir uns selbst organisieren, aktiv werden und dafür sorgen, dass der Rüstungsmaschinerie, der Kriegshetze, der kapitalistischen Konkurrenz und der Ausbeutung fremder Nationen Einhalt geboten wird.

Wir laden dich ein, dich an unserer Veranstaltung „Der imperialistische Krieg und wie wir ihn bekämpfen können“ zu beteiligen und mit uns diese Themen zu diskutieren.

Außerdem rufen wir dich auf: Organisier dich! Nimm die Missstände auf dieser Welt nicht länger hin, sondern werde mit uns aktiv für eine bessere, für eine sozialistische Welt!

MACH MIT!

**Wann? 29. Juni,
18:00 Uhr**

**Wo? Hospital-
strasse 107**

**Online unter
[https://meet.jit-
si/Offensiv](https://meet.jit.si/Offensiv)**



WWW.OFFENSIV.NET



MACH MIT!

Kontaktiere uns auf Whatsapp
unter 0162 8359272 oder den
Kontaktaten auf Seite 15.

Offensiv 
MARKSISTISCHE ORGANISATION